Erscheinungsweise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis: a) im Anzeigenteil: die Zeile 20 Goldpfennige b) im Reklameteil: die Zeile 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften kann keine Gewähr übernommen werden

Gerichtsstand für beide Teile ist Calw

Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis: In der Stadt 40 Goldpfennige wöchentlich mit Trägerlohn Post-Bezugspreis 40 Goldpfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung: Friedrich Hans Scheele Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei

Nr. 20 | Montag, den 26. Januar 1931 | Jahrgang 103

Die Ratsentscheidung über die Polen-Beschwerde

Polen hat Maßnahmen zur Wahrung der Minderheitenrechte zu ergreifen und auf der Frühjahrstagung des Rates hierüber zu berichten

TU. Genf, 26. Jan. Der Völkerbundsrat hat am Samstag abend in der öffentlichen Schlußsitzung den endgültigen Bericht des japanischen Botschafters in seiner Eigenschaft als Berichterstatter über die Regelung der deutschen Beschwerde gegen Polen wegen der Vorgänge in Oberschlesien und im Korridor einstimmig angenommen.

Der Bericht enthält zusammengefaßt mit einer Wiedergabe der Stellungnahme der deutschen und der polnischen Regierung eine Bewertung der Vorgänge und der Lage sowie die sich hieraus ergebenden Schlußfolgerungen für den Völkerbundsrat. Der Bericht besteht aus vier Teilen:

Der erste Teil gibt zusammenfassend den Inhalt der drei deutschen Noten an den Völkerbund wieder, nach denen ein Bruch der Bestimmungen des Genfer Minderheitenabkommens sowie des Polen auferlegten allgemeinen Minderheitenschutzvertrages vorliegt.

Der zweite Teil behandelt eingehend die annormalen Bedingungen, unter denen sich die polnischen Wahlen im November 1930 für die deutsche Minderheit vollzogen hätten und stellt fest, daß durch die Haltung der polnischen Behörden gegenüber der deutschen Minderheit nach Ansicht der deutschen Regierung eine Stimmenminderung herbeigeführt worden sei. Die polnische Regierung führe jedoch die von der deutschen Regierung angegebenen Wahlvorgänge auf andere als die von der deutschen Regierung angegebenen Ursachen zurück. Der Bericht stellt dann fest, daß die polnische Regierung die Vorfälle als solche nicht leugnet, jedoch auf die Behandlung dieser Vorfälle durch die in den Wahlgesetzen vorgesehenen Rechtsinstanzen hinweise. Es lägen keine ausdrücklichen Anzeichen dafür vor, daß sich in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen ähnliche Vorgänge wie in Oberschlesien abgespielt hätten. Jedoch liege die Annahme nahe, daß sich in diesen beiden Wojewodschaften doch ähnliche Vorgänge abgespielt haben. Für den Völkerbundsrat seien jedoch nicht die Einzelheiten, sondern die politische Seite dieser Frage allein von entscheidender Bedeutung.

Der dritte Teil behandelt die unmittelbar gegen die Person oder gegen das Eigentum der Angehörigen der deutschen Minderheit in Polen gerichteten Angriffe und weist auch auf die Beschwerde des deutschen Volksbundes in Oberschlesien hin, die 255 derartige Fälle angibt. In dem Bericht heißt es sodann wörtlich: „Niemand hat bestritten, daß Vorfälle dieser Art stattgefunden haben und daß diesen Vorfällen ein genügendes Schwergewicht beizumessen ist, um darauf in vielen Fällen auf einen Bruch des Artikels 75 und 83 des oberschlesischen Minderheiten-Abkommens schließen zu können.

Der entscheidende Teil 4 des Berichtes, der die eigentliche Stellung des Völkerbundsrats enthält, hat folgenden Wortlaut: Ich gebe mir völlige Rechenschaft über den besonders heiklen Charakter der indirekten Verantwortlichkeit der polnischen Behörden. Ich möchte zunächst die hohe Bedeutung der Tatsache unterstreichen, **daß sowohl im Interesse der inneren Konsolidierung als auch des internationalen Friedens in solchen Gebieten, wie in der Wojewodschaft Schlesien, alles vermieden werden muß, was auf eine direkte oder indirekte Weise die Gemüter erregen oder die Leidenschaften aufpeitschen könnte.** Es versteht sich von selbst, daß sie den polnischen Behörden eine besondere Verantwortlichkeit und Verpflichtung auferlegt und ihnen eine gewissenhafte **Achtung vor den Rechten der Minderheit** und weitestgehend den Geist der Verständigung zur Pflicht macht.

Besonders ist es unbedingt erforderlich, daß in keinem einzigen Fall eine polnische Behörde, welche sie auch sei, und je höher die betreffende Behörde gestellt ist, umso dringender stellt sich diese Verpflichtung dar, in den Verdacht geraten kann, an den politischen Kämpfen teilzunehmen, insbesondere, wenn sie einen Minderheitencharakter tragen. Andererseits ergibt sich aus den dem Völkerbund vorgelegten Urkunden und den Verhandlungen der letzten Tage der Eindruck, daß der Verband der Aufständischen von einem Geist beseelt war, er sicher nicht geeignet war, die Annäherung zwischen den beiden Elementen der Bevölkerung zu erleichtern.

Die Versöhnung der Elemente ist eine Bedingung der politischen Konsolidierung in diesem Teil Europas. Es ist offensichtlich, daß in Gebieten gemischter Bevölkerungen, wie in Oberschlesien, kein Verband von ausgesprochen nationaler Tendenz eine privilegierte Stellung einnehmen darf, die die Interessen einer Minderheit einschränkt. **Es liegt daher ein dringendes Interesse vor, daß die polnische Regierung, um dieses Ziel zu erreichen, die notwendigen Maßnahmen ergreift, damit das besondere Band verschwindet, das zwischen den Behörden und diesen Organisationen, die eine politische Tätigkeit ausüben, bestehen könnte, wie gerade beim Aufständischenverband.** In jedem Falle ist es unerläßlich, daß der deutschen Minderheit in der Wojewodschaft Schlesien das Gefühl des Vertrauens wiedergegeben wird, das leider aufs tiefste erschüttert zu sein scheint und ohne das eine Zusammenarbeit zwischen dem Staat und der Minderheit nicht hergestellt werden kann. Die internationalen Verträge und die Beschlüsse der Vollversammlung und des Rates des Völkerbundes legen diese Zusammenarbeit dem Staat und den interessierten Minderheiten als eine unabweisbare Pflicht auf. Der Völkerbundsrat wird daher zu gegebener Zeit noch vor der nächsten Tagung des Völkerbundsrates von den Beschlüssen Kenntnis zu nehmen haben, die die polnische Regierung in dieser Frage ergreift."

Die Beurteilung der Ratsentscheidung.

In Kreisen der deutschen Minderheit in Ostoberschlesien sieht man das Ergebnis der Ratstagung als nicht befriedigend an. Man betont, daß nunmehr sehr viel von dem Geist abhängen werde, in dem die polnische Regierung die ihr auferlegten und nicht genau präzisierten Maßnahmen durchführen werde.

Das Organ des Reichskanzlers, die Germania, hebt hervor, daß die Schwäche des Berichtes ohne Zweifel darin liege, daß er die Durchführung der Sühne und die Wiedergutmachung für die geschehenen Uebeltaten in die Hände Polens lege und damit die Loyalität der polnischen Behörde voraussetze. Das Blatt bedauert es aufrichtig, daß es nicht möglich gewesen sei, greifbarere und eindeutigere Ergebnisse, vor allem bezüglich der Garantierung der Zukunft der Minderheitenrechte zu erreichen.

Das Genfer Ergebnis in der Oberschlesienfrage hat in Paris Befriedigung ausgelöst. „Die Tätigkeit einiger örtlicher polnischer Behörden ist mißbilligt worden", schreibt der „Matin", „aber die polnische Regierung ist nicht verurteilt worden, wie die deutschen Nationalisten erwartet hatten. Es findet auch keine internationale Untersuchung statt und der polnische Staat selbst wird die Durchführung der Bestimmungen überwachen."

„Der Bericht des Völkerbundes ein voller Sieg Polens!" So schreibt die polnische Presse zum Genfer Ergebnis. Das maßgebendste Regierungsblatt, die Gazetta Polska, findet sogar, daß der Bericht sich völlig mit dem polnischen Standpunkt decke. Sie erklärt: „Wie vorauszusehen war, hat der deutsche politische Angriff, der unter dem Vorwand der Minderheitenfrage gegen Polen geführt wurde, einen völligen Mißerfolg erlitten.

*

Die letzten Besprechungen des Reichsaußenministers in Genf.

Reichsaußenminister Dr. Curtius hatte am Sonntag vormittag zunächst mit dem französischen Außenminister Briand eine kurze Unterredung, an die sich eine einstündige Besprechung mit dem italienischen Außenminister Grandi anschloß. In dieser Unterredung ist, wie verlautet, festgestellt worden, daß sich auf der eben abgeschlossenen Tagung des Völkerbundsrates in einigen praktischen, politischen Fragen eine Zusammenarbeit und eine Gemeinsamkeit der Interessen zwischen dem deutschen und dem italienischen Ratsmitglied ergeben hat, die nicht ohne gewisse befriedigende Ergebnisse geblieben ist. Anschließend empfing Dr. Curtius den japanischen Botschafter Yoshishawa. Die deutsche Abordnung trift heute nachmittag wieder in Berlin ein.

Reichskanzler Brüning im Rheinland

TU. Köln a. Rh., 26 Jan. Reichskanzler Brüning sprach am Sonntagvormittag auf der Tagung der Christlichen Gewerkschaften in der großen Messehalle über „politische und wirtschaftliche Aufgaben des deutschen Volkes und seiner Arbeiterschaft". In seinen Ausführungen gab der Reichskanzler einen Ueberblick über die Bemühungen der Reichsregierung zur Aufrechterhaltung der Wirtschaft. Die Schicksalsstunde des deutschen Volkes sei gekommen und das deutsche Volk stehe in einem Kampf um die Wahrheit. Nicht alle Pläne der jetzigen Reichsregierung dürfe man der Oeffentlichkeit bekanntgeben, da dann sofort die theoretische Diskussion einsetzen und den Weg, der in einem klaren Plan für ein Jahrzehnt Schritt für Schritt verfolgt werden müsse, versperren würde. Der Kampf um die Demokratie, d. h. stärkste Verteilung aller Pflichten auf das gesamte Volk, würde von der jetzigen Reichsregierung entschlossen durchgeführt. Trotz „freundlicher" Empfänge in manchen Städten des deutschen Vaterlandes beherrsche den Reichskanzler das Gefühl, daß das deutsche Volk viel weiter sei als die Führer mancher Parteien es gern haben möchten. Das Verantwortungsbewußtsein und der gute Geist des deutschen Volkes seien bewiesen durch seinen Opferwillen, und der Reichstag habe nun von sich aus die Pflicht, guten Geist zu beweisen und durch entsprechende Maßnahmen Agitationsanträge, wie sie zu hunderten auf den letzten Tagesordnungen erschienen seien, unmöglich zu machen, da sie Etat und Kredit des Reiches über den Haufen zu werfen drohten. Der Reichstag müsse sich eine freiwillige Selbstbeschränkung in der Agitation und in der in der letzten Zeit gezeigten parlamentarischen Art auferlegen. Die Reichsregierung arbeite weiter an den Grundlagen einer finanziellen Konsolidierung von Reich, Ländern und Gemeinden und betrachte es als ihre nächste und höchste Aufgabe, den Glauben an das Volk und den einzelnen zu erhalten und zu erneuern.

In Düren führte der Reichskanzler aus: Wir stehen in einer wichtigeren Stunde der Entscheidung als 1923. Heute handelt es sich nicht, wie damals, um Ueberwindung einer reinen Inflationskrise. Wir brauchen auch nicht mehr mit der Gefahr zu rechnen, daß das Rheinland von Deutschland abgerissen wird. Diese Gefahr ist durch die Politik des Jahres 1923 und der nachfolgenden Jahre beseitigt worden, wenn sie nicht durch Torheiten des deutschen Volkes wieder heraufbeschworen wird. Gegenüber extremen Forderungen möchte ich unterstreichen, daß es für jede Frage eine Lösung gibt, vorausgesetzt, daß die vorhandenen Kräfte klug eingesetzt werden. Wir müssen das alles nachholen, was in den Jahren versäumt wurde, da Parlamente und fachliche Körperschaften dem Volke gegenüber nicht den Mut zur Wahrheit hatten. Es wäre besser gewesen, das deutsche Volk hätte die Reparationslasten rechtzeitig gefühlt. Wir brauchen erstens eine Gesundung der Politik im Parlament selbst und zweitens eine starke Erziehung des Gesamtvolkes.

Tages-Spiegel

Der Völkerbundsrat hat in seiner Schlußsitzung am Samstag die Entscheidung über die deutsche Polenbeschwerde gefällt. Polen ist aufgegeben worden, Maßnahmen zur Wahrung der Minderheitenrechte zu ergreifen und dem Rat hierüber zu berichten.

*

Die Behandlung der deutschen Memelbeschwerde in Genf mußte wegen ungebührlichen Benehmens des litauischen Außenministers vertagt werden.

*

Reichskanzler Brüning hat gestern in Köln und Düren Reden gehalten, in denen er für die Regierungspolitik warb.

*

Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen ist zu einem Freundschaftsbesuch in Wien eingetroffen.

*

Präsident Doumergue hat den Senator Laval mit der Regierungsbildung beauftragt.

*

Der Vizekönig von Indien hat die bedingungslose Freilassung von Gandhi und anderer Mitglieder des allindischen Kongresses angeordnet.

Politische Zusammenstöße

In Grebenstein bei Kassel kam es in einer nationalsozialistischen Versammlung zu schweren Ausschreitungen, in deren Verlauf es auf Seiten der Kommunisten 40, auf Seiten der Nationalsozialisten 8 Verletzte gab. — In Radeberg kam es anläßlich einer stark besuchten Versammlung der NSDAP. zu schweren Schlägereien zwischen Mitgliedern der NSDAP. und Angehörigen der KPD. und SPD., bei der 6 Personen durch Messerstiche und Stockhiebe mehr oder weniger schwer verletzt wurden. — In Penig (Sachsen) wurden bei einer wüsten Schlägerei 11 Kommunisten und 4 Nationalsozialisten zum Teil schwer verletzt. — In Brunsbüttel-Koog hatten die Nationalsozialisten einen Aufmarsch der SA. und ein Konzert der Gaukapelle angesetzt. Als der nationalsozialistische Zug mit etwa 800 Mann aufmarschierte, wurde er von einer großen Menschenmenge mit Schmährufen empfangen. Die Masse stimmte schließlich ein ohrenbetäubendes Geschrei an und bewarf die Musikkapelle und die SA.-Leute mit Ziegelsteinen. Ein Musiker brach mit schweren Schädelverletzungen zusammen. Die Polizei mußte mit dem Gummiknüppel eingreifen. — In Altona kam es an verschiedenen Stellen im Stadtgebiet zu Zusammenstößen. In der Marktstraße wurden 4 Nationalsozialisten von 20 politisch Andersdenkenden überfallen. Die Nationalsozialisten erlitten Verletzungen leichterer Art. In der Eulenstraße wurden bei einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Parteigegnern 20 Beteiligte festgenommen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Polens Anteil an den deutschen Tributleistungen

Der Liquidationsvertrag mit Deutschland vom Sejmausschuß angenommen.

TU. Warschau, 25. Jan. Der Sejmausschuß für auswärtige Angelegenheiten nahm von den beiden zur Erörterung stehenden Verträgen mit Deutschland nur den Liquidationsvertrag mit den Haager Protokollen mit den Stimmen der Regierung und einigen Stimmen der polnischen Linken in zweiter und dritter Lesung an. Die Aussprache über den deutsch-polnischen Handelsvertrag ist auf die nächste Sitzung vertagt worden.

Der Berichterstatter wies in einer längeren Rede die Vorteile, die der Liquidationsvertrag Polen bietet, nach und empfahl ihn anzunehmen. Er erklärte, Polen erhalte nach dem Haager Aufteilungsplan aus den deutschen Tributzahlungen bei den ersten 37 Raten einen Anteil in der Höhe von je 500 000 RM. Ferner seien sämtliche polnischen Kriegsschulden und sonstige Leistungen in einer Gesamtsumme von 7,6 Milliarden Zloty für null und nichtig erklärt worden. Somit seien auch gewisse deutsche Gegenforderungen an Polen auf Entschädigung für Beschlagnahme von Staatsgut hinfällig geworden. Alsdann gab der Redner einen genauen Ueberblick über die Vorgeschichte des Liquidationsabkommens. Das Ergebnis der Liquidation deutschen Eigentums in Posen und Pommerellen sei durchaus befriedigend, der in deutscher Hand verbliebene Besitz sei nur gering. Insgesamt verblieben in den beiden genannten Provinzen 13 v. H. landwirtschaftliche und 9 v. H. städtische Objekte in deutschem Besitz, die noch hätten liquidiert werden können.

Weitere Aufrüstung in Polen.

Im Sejmausschuß gab ein Abgeordneter des Regierungsblocks einen Ueberblick über den Haushalt Polens. Der Haushaltsplan sehe an Heeresausgaben 847,6 Millionen Zloty (etwa 410 Millionen RM.) vor. Das sei beinahe ein Drittel des gesamten Haushaltsplanes. Diese hohe Summe rechtfertigte der Referent vor allem mit der Notwendigkeit, die Schlagfertigkeit der Armee und die Mobilisierungsvorräte des Staates auf der Höhe zu halten, denn das sei die Bürgschaft für die Unantastbarkeit der Grenzen. Die Notwendigkeit des hohen Kriegshaushaltes suchte der Redner ferner damit zu begründen, daß er die Kriegsrüstungen der Nachbarn Polens in den schwärzesten Farben malte. Deutschland ist hierbei am schlechtesten weggekommen. Einschließlich aller Verbände, wie Stahlhelm, Hitler-Stoßtruppe, Reichsbanner, Kyffhäuserbund, Reitervereine u. a. verfügt Deutschland nach Meinung des Redners im Augenblick über eine Kriegsstärke von acht Millionen Mann. Ueber Sowjetrußland wußte der Redner zu sagen, daß es über eine ständige Armee in Stärke von 1 362 000 Mann und einen Heereshaushalt von 6 Milliarden Zloty (fast 3 Milliarden RM.) verfüge. Alle Staaten mit Ausnahme von Polen und Südslawien wiesen einen ständig steigenden Heereshaushalt auf.

Ein aufsehenerregender Appell

TU. Neuyork, 25. Jan. Der Rektor der Columbia-Universität, Butler, richtete auf der Jahrestagung der Völkerbundsvereinigung in Chikago einen machtvollen Appell an das amerikanische Volk, eine aktivere Politik der Völkerverständigung zu betreiben. Amerika dürfe nicht untätig zusehen, wie die alliierten Mächte ihre feierlich eingegangene Abrüstungsverpflichtung mißachteten. Unter den Schuldenabmachungen leide Amerika mehr als die Schuldnerstaaten, weil es das Zwanzigfache des eingetriebenen Geldes durch Verluste in Industrie und Handel einbüße. Die Washingtoner Regierung müsse daher unverzüglich ersucht werden, die Einberufung einer internationalen Konferenz in die Wege zu leiten, um die Schuldenfrage auf Grund der neugeschaffenen Verhältnisse zu überprüfen.

Kleine politische Nachrichten

Ein Direktorium für Berlin. Die Verhandlungen über die Neuordnung der Verwaltung Groß-Berlins, die den Gemeindeausschuß des Preußischen Landtages beschäftigen wird, sind nunmehr zu einem Abschluß gelangt. Die Pläne des preußischen Innenministers gehen dahin, daß an Stelle eines Oberbürgermeisters ein Kollegium von 6 Bürgermeistern mit einem Oberbürgermeister an der Spitze die Verwaltung der Reichshauptstadt durchführen soll. Dem Kollegium zur Seite steht eine Körperschaft, bestehend aus 34 von der Stadtverordnetenversammlung gewählten Männern. Diese Körperschaft soll Beschlüsse fassen können, die dann im Verein mit den Kollegien Gesetzeskraft erlangen.

Keine Vereinheitlichung der Sozialversicherung. Zeitungen berichten, die Reichsregierung beabsichtige, die Versicherungszweige und deren Träger zu vereinigen, und für die Sozialversicherung im Ganzen einen einheitlichen Beitrag zu erheben. Die Meldung ist in allen Teilen unrichtig. Für eine Neugestaltung liegt das Ziel nicht in der Vereinheitlichung, sondern in der Vereinfachung und Verbilligung der Sozialversicherung.

Frick über die Regierungsbereitschaft der NSDAP. In Kassel sagte letzte Woche Minister Frick in einer Versammlung der NSDAP.: Wenn man glaube, heute noch mit den Nationalsozialisten eine Regierung bilden zu können, so irre man sich. Nach dem 14. September hätten sich die Nationalsozialisten noch mit den beiden Ministerien des Innern und der Reichswehr begnügt. Heute seien sie dazu nicht mehr bereit, sondern heute laute ihre Forderung, daß das Volk befragt werden muß, wie eine neue Regierung aussehen soll.

Neue blutige Zusammenstöße in Berlin. Auf einer nationalsozialistischen Versammlung in Hohenschönhausen kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Polizei mußte eingreifen, um die streitenden Parteien zu trennen. 7 Personen wurden leicht und eine schwer verletzt. 34 Personen wurden zwangsgestellt.

Das neue englische Schulgesetz angenommen. Das neue englische Schulgesetz, das den Besuch der Schule bis zum 15. Lebensjahr vorsieht, ist im Unterhaus in dritter Lesung mit 256 gegen 238 Stimmen angenommen worden. Es tritt jedoch erst in etwa zwei Jahren in Kraft.

Staatsbesuch des litauischen Ministerpräsidenten in Lettland. Der litauische Ministerpräsident Tubelis traf zu einem Besuch des lettländischen Staatsoberhauptes in Riga ein. Der Besuch des litauischen Ministerpräsidenten deutet einen weiteren Schritt zur Annäherung Lettlands und Litauens.

Deutsche Schulklassen in Südslawien genehmigt. Der südslawische Unterrichtsminister hat nach einer Meldung der „DAZ." aus Belgrad die Errichtung von etwa 50 neuen Schulabteilungen für die deutsche Minderheit Südslawiens genehmigt. Die Gesuche wurden auf Grund der Bestimmung des Volksschulgesetzes, daß bei Vorhandensein von mindestens 30 Schülern Minderheitenabteilungen zu errichten sind, bereits im Sommer 1930 von 98 Minderheitengemeinden eingereicht.

Die Verhandlungen über die Ukrainer Beschwerden verschoben. Die Beschwerden beim Völkerbund über die Gewaltmaßnahmen der polnischen Regierung in der Ukraine sind in dem Dreierausschuß für die Minderheitenfrage zur Verhandlung gekommen. Der Ausschuß beschloß, sämtliche Beschwerden auf der Maitagung des Rates im Dreierausschuß zu behandeln.

Sparprogramm der argentinischen Regierung. Wie aus Buenos Aires gemeldet wird, hat die argentinische Regierung ein großes Sparprogramm entworfen, das unter anderem eine Kürzung der Beamtengehälter bis zu 22 Prozent vorsieht.

Schiffe im Packeis eingeschlossen

TU. Riga, 25. Jan. Ein Funkspruch des Kapitäns des lettländischen Dampfers „Koupo" besagt, daß der Dampfer mit 15 anderen Schiffen, darunter auch einigen deutschen, 20 Kilometer westlich von Kronstadt nach wie vor im schweren Packeis liege. Am Mittwoch haben drei russische Eisbrecher 12 Dampfer von Leningrad durch das Packeis in das freie Wasser geführt. Die Befreiung der noch fest liegenden 16 Dampfer wird voraussichtlich noch eine Woche dauern. Das Eis wird immer schwerer. Die Verpflegung und das Heizmaterial reichen auf dem lettländischen Dampfer nur noch für 7 bis 10 Tage. In Leningrad liegen, vom Eis überrascht, noch weitere 15 Dampfer fest.

Genf auf dem toten Punkt

Das Völkerbundsschiff ist unter seiner Mannschaft auf dem toten Punkt angelangt. Unter französischer Mannschaft. Wenn auch Sir Drummond Hay den riesenhaften Genfer Verwaltungsapparat leitet, so ist er doch ebenso wie jeder Minister in starkem Grade abhängig von der Mitarbeit der führenden Bürokratie seines Geschäftsbereiches. Die besteht beim Genfer Völkerbund aus mehr als siebzig Mann. Die Völkerbundsverwaltung war immer ein gewissermaßen herrenloses Land, eine Kolonie, die erobert werden mußte. Das ist den Franzosen geglückt. Der Verwaltungsmechanismus des Genfer Völkerbundes ist eine französische Maschine geworden. Im Verlauf des letzten Jahres gelang die Zurückdrängung nicht nur des englischen, sondern die nahezu vollkommene Entkräftung auch des deutschen Einflusses. Ein bedeutender Mann sagte einmal zu diesem Punkte: „Im Völkerbund gibt es bereits eine Ueberlieferung, eine Atmosphäre. Wenn die Deutschen die Absicht haben, diese zu beunruhigen, werden sie sich in eine schiefe Lage bringen. Und abgesehen davon, bildet sich dort eine Art einheitlicher Zusammenarbeit heraus, die sich etwas über die materiellen Begehrlichkeiten und über den elementarsten Egoismus erhebt. Es ergibt sich die Notwendigkeit der Harmonie der verschiedenen Mitglieder, die an den Arbeiten teilnehmen. Und Deutschland wird gut tun, sich ihr anzupassen, wenn es in Genf eine Rolle spielen will." Der bedeutende Mann, der dieses sagte, heißt Briand. Das Wort fiel in seiner großen Locarnorede vom 26. Februar 1926. Die Rolle, die Deutschland in Genf erwarten durfte, wurde bei uns als gute Mittelrolle angesehen. Sie ist sehr klein geworden. Was mit den deutschen Sorgen geschieht, bestimmt die Völkerbundsbürokratie selbstherrlich. Wir sind ihr Objekt geworden. Sie hält stets einen Ausschuß bereit, um uns einzufangen.

Wenn wir jetzt wieder in den Vordergrund des Geschehenen geschoben worden sind, so kam das leider nicht durch unsere Tatkraft in der Wahrnehmung der deutschen Notwendigkeiten, sondern durch die Macht der Ereignisse. In jener wahrlich großen Rede, der großzügigsten, die ein Franzose in leitender Stellung nach dem Kriege gehalten hat, heißt es seherisch: „Alle Völker hegen den Wunsch, sich einander zu nähern. Man versuche ein Europa zu schaffen, das nicht länger gesetzlos und unzusammenhängend dasteht. Sehen Sie denn nicht, daß im Reich der Wirtschaft die Anarchie herrscht? Sehen Sie denn nicht all die ungeheuren Industrien, die unter Volldampf arbeiten, vermutlich über die Abnahmefähigkeit der Kundschaft hinaus? Was wird geschehen, wenn die Völker sich nicht verständigen, sich nicht organisieren? Wenn die wirtschaftlichen Ursachen des Krieges, die bei weitem tiefsten und schwerwiegendsten nicht verschwinden? Glauben Sie selbst, daß es sozialen Frieden geben kann? Nein! Also ist es unbedingt notwendig, sich zu verständigen" Wie aktuell ist in diesem Augenblick jene Locarnorede Briands! In welch vollkommenem Grade gibt sie Clemenceau recht, der über die beiden gegensätzlichsten und bedeutendsten französischen Staatsmänner unserer Zeit sagte: „Poincaré weiß alles und versteht nichts; Briand weiß nichts und versteht alles!"

Man kann nicht sagen, daß Briand nichts getan hätte, um die von ihm aufgeworfenen Fragen einer befriedigenden Lösung entgegenzuführen. Aber wie langsam kam die Rheinlandräumung trotz Locarno und wie weit sind wir noch entfernt von der unvermeidlichen Grenzlösung im Osten, wenn die Völker Frieden haben sollen. Hier sind die militärischen Kräfte stärker gewesen als der französische Außenminister. In Genf schuf jedoch seine eigene Bürokratie die Hindernisse einer logischen Fortentwicklung der Locarnopolitik durch die Fülle der Verschleppungsausschüsse nicht für, sondern gegen Abrüstung, gegen den Wirtschaftsfrieden, gegen die Minderheitenrechte, gegen die Lockerung der schlimmsten Fessel eines gesunden deutschen und europäischen Lebens, des Versailler Vertrages. In diesen Fragen leistete Briand der Schädigung des Locarnogeistes und der Völkerbundsaufgaben zweifellos Vorschub. Vielleicht aus innerpolitischen taktischen Erwägungen, jedoch mit schwersten friedenslähmenden Wirkungen. Dennoch ist auch ein anderes Wort seiner Locarnorede von 1926, deren genaue Lektüre im Wortlaut sich immer gelohnt hat, weil sie in vielen Fragen die Schleier lüftet, in diesem Augenblick im höchsten Grade zeitgemäß: „Frankreich ist der Meinung, daß Deutschland eine Rolle zu spielen hat; in Europa und in der Welt. Verschiedene Völker und ihre verschiedenartigen Geistesrichtungen machen das Gleichgewicht der Welt aus. Eines von ihnen verschwinden zu lassen oder zu verkleinern, wenn man ihm die Geltung seiner Rasse und seiner Geistesart, soweit sie anderen Völkern unschädlich sind, unmöglich macht, wäre ein Verbrechen gegen die Menschheit!"

Jetzt wäre es Zeit, Herrn Briand in Genf zuzurufen: Wie lange soll dieses Verbrechen gegen die Menschheit, die sinnlose Ausplünderung und Niederhaltung des deutschen Volkes, noch fortgesetzt werden? Die Europabesprechung und die Ratstagung greifen ja mitten hinein in das deutsche und gleichzeitig das Unglück Europas: Wirtschaftskrise, Zollkrieg infolge der gleichgewichtsstörenden Tributpläne; Kriegsgefahr infolge Bruch der Versailler Abrüstungsbestimmungen durch die ehemaligen Gegner Deutschlands; Kriegsgefahr durch die östlichen Wahnsinnsgrenzen.

Der Völkerbund ist in diesen Fragen am toten Punkt. Seine Bürokratie steuerte uns unter ihrem französischen Uebergewicht durch fruchtlose Ausschüsse noch härter an die klippenreichen Probleme heran. Das Völkerbundsschiff fährt schon ohne Wind. Jetzt muß das Steuer herumgeworfen werden, wenn es nicht auf die Klippen geworfen werden soll. Genf und die Welt kommen erst wieder weiter, wenn sie endlich erkennen: Revision der Tribute. Revision der deutschen Grenzen!

Das gestürzte Kabinett Steeg

Bei einer Abstimmung in der Kammer ist die französische Regierung ganz überraschend gestürzt worden. Sie blieb mit 293 gegen 283 Stimmen in der Minderheit. Das gesamte Kabinett hat sofort seinen Rücktritt eingereicht, der auch angenommen wurde. In gut unterrichteten parlamentarischen Kreisen rechnet man nunmehr mit einem Kabinett Laval.

Unser Bild zeigt die zurückgetretene Regierung: 1. den Kriegsminister Poinlevé, 2. Ministerpräsident Steeg, 3. Handelsminister Loucheur, 4. Außenminister Briand, 5. Justizminister Cheron und 6. Landwirtschaftsminister Boret, über den das Kabinett gestürzt ist. Boret ist in eine neue politische Skandalaffäre verwickelt, die wohl dem Oustric-Skandal nachsteht, jedoch ebenfalls ein bezeichnendes Licht auf die merkwürdige Verquickung von Politik und Geschäft wirft, wie sie in Frankreich üblich ist. Links in der Ecke der voraussichtliche neue Ministerpräsident und frühere Arbeitsminister Laval.

Autos, die sich selbständig machen

2500 Kraftwagen geraten in Diebeshand. — Aber nur 80 verschwinden ganz. — Große Wagen werden ausgeweidet, kleine verschrottet.

Von Herbert Langenscheidt.

Die Automobilindustrie trifft zahlreiche und wirkungsvolle Sicherungen gegen den Diebstahl von Kraftwagen. Trotzdem wechseln in Deutschland durchschnittlich jeden Tag vier bis fünf Wagen den Besitzer, ohne daß der wirkliche Eigentümer damit einverstanden ist. Sehr häufig liegt das an seiner Unachtsamkeit. Er benutzt nicht den Sicherheitsschlüssel, der jede unerwünschte Ingangsetzung des Motors verhindert oder schließt, wenn er von dem Schlüssel Gebrauch gemacht hat, nicht die Fenster seines Wagens, läßt vielleicht auch die Türe zu dem Führersitz unverschlossen. In ruhigeren Landesteilen ereignet es sich häufig sogar, daß jemand die Garagenmiete spart und sein Auto ständig vor seiner Haustür umherstehen läßt, auch nachts. Eines Morgens darf er dann wieder zu Fuß gehen, weil das Auto sich in kundiger Hand selbständig gemacht hat. Nun aber soll die Polizei helfend eingreifen. Sie gibt sich schon rechtschaffene Mühe, weil in solchen Fällen eine Belohnung meist sicher ist und auch weil es im Amte einen guten Eindruck macht, wenn ein Hüter der Ordnung ein gestohlenes Auto faßt.

Dazu reichen aber flinke Beine nicht aus. Erfolg verbürgen nur gründliche automobilistische Kenntnisse. In den großen Städten gibt es Schutzleute, die einfach wundervolle Automarkenkenner sind und es in der Wiederentdeckung gestohlener Autos zu wahren Rekordleistungen bringen konnten, weil ihnen wichtige Kennzeichen der entwendeten Fahrzeuge selbst bei Durchführung schlauer Verwandlungskünste noch auffallen. Schutzleute mit derartig geschultem Blick gibt es nur dort, wo man viel Autos zu sehen bekommt, also in den Großstädten. Dieser Umstande verdanken es die Berliner Autobesitzer, daß die 1200 im Jahre 1930 in Berlin eigenmächtig davon gefahrenen Autos fast alle wieder gefunden sind, und nur noch 30 auf der Verlustliste blieben. Die sogerannte Provinz büßte durch Diebstahl 1300 Wagen ein, von denen noch fünfzig fehlen.

Die Polizei würde sich glücklich schätzen und höchstes Lob verdienen, wenn ihr in dem gleichen Verhältnis auch die Aufklärung anderer Verbrechen gelänge. Davon kann nicht entfernt die Rede sein. Die Wiederfindung geraubter Autos erweist sich aber schon deswegen leichter als die Wiederbringung beispielsweise gestohlener Hundertmarkscheine oder Perlenhalsbänder, weil ein Auto sich weder in der Brief- noch in der Westentasche verbergen läßt, sondern in seiner vollen Größe durch die Gegend schweift und von vielen Leuten gesehen wird, ehe es getarnt werden kann.

Das weiß nicht nur die Polizei, sondern das wissen auch die Diebe, die sämtlich fahrkundige und über die Durchschnittsintelligenz der Verbrecher hinausragende Leute sind. Es kommt ganz vereinzelt auch einmal vor, daß ein Verbrecher, der nicht fahren kann, sich in ein „herrenloses" Auto setzt. Aber das läuft so gut wie immer auf eine Selbstbinrichtung hinaus. Die meisten Autodiebe verlieren an ihrem Raub schon alle Freude, wenn das Benzin des gestohlenen Wagens ausgegangen ist. Dann lassen sie ihn stehen, wo er will, und begnügen sich mit den leichter zu versteckenden wertvolleren Teilen der Inneneinrichtung. So verfahren Verbrecher, die sich über die Zeitereignisse auf dem Laufenden halten und genau wissen, daß auch die Grenzübertrittsstellen von Autodiebstählen meist rechtzeitig Kenntnis haben. Sehr oft benötigen die Verbrecher das zufällig gefundene, aber nicht ganz zufällig mitgenommene Auto nur als Hilfsgerät für die Durchführung eines anderen Verbrechens, zum Beispiel eines schweren Einbruchs.

Verhältnismäßig groß ist aber die Zahl der kleinen Wagen, die dauernd verschwinden. Die lohnen im Gegensatz zu den großen nicht das Ausweiden und werden einfach kurz und klein geschlagen und mit Ausnahme der wertvolleren Ausrüstungsteile zu Schrott verarbeitet, denn dafür finden sich immer Abnehmer. Im allgemeinen also scheint sich die Verbrecherwelt darüber klar geworden zu sein, daß der Autodiebstahl mit allzu großen Schwierigkeiten und Gefahren verbunden bleibt und daß es besser ist, der Polizei bei der Wiederfindung entgegenzukommen. Selbst die Berliner Wagen, die nach Polen und die rheinländischen, die nach Frankreich und Belgien, also den nächst gelegenen Grenzen, entführt werden sollten, sind durchweg den Häschern in die Arme gefahren. Das ist keineswegs ermutigend und spricht sich in Verbrecherkreisen sehr rasch herum.

Ständiges Inserieren bringt Gewinn

Die Handelshäuse der Raubtiere

Besuch in der größten Menagerie der Welt.

Von Ferry Washborn-New York.

Wem die Gelegenheit sich einmal bietet, dem Warenhaus der wilden Tiere einen Besuch abzustatten, der wird an der Eingangstür in großen Lettern angeschrieben finden: „Jeder, der durch diese Tür geht, tut es auf seine eigene Gefahr." Eine Handbreit darunter steht: „Alles, was Sie hier suchen, ist verkäuflich." Dieses seltsame Handelshaus befindet sich zu Hoboken in New Jersey. Als Chef des Unternehmens wirkt Mister John T. Benson, der amerikanische Vertreter der weltberühmten hamburgischen Firma Hagenbeck. Er verkauft Tiger und Elefanten, Giraffen und Affen, dressierte Pferde, Kängurubs, Nashörner, Schlangengift usw.

Geht man durch die Vorhalle hindurch, so gelangt man in einen mächtigen Raum, der wie eine große Kraftwagenhalle aussieht. Rings herum an den Wänden sind einzelne Käfige und größere Verschläge, in denen sich Elefanten, Zebras, Giraffen, Kamele und Büffel befinden. Ueber diesen Käfigen laufen dann in mehreren Stockwerken kleinere Käfige an den Wänden entlang, und hier sind schwarze und braune Bären, Löwen und Tiger, Affen in großer Zahl eingesperrt. Polizeihunde begrüßen den Eintretenden mit wütendem Gebell, zahme Affen springen an ihm empor; es herrscht wilder Lärm und Bewegung, und ruhig ist in diesem Gewirr nur der Eigentümer dieser riesigen Menagerie, der in jahrzehntelangem Verkehr mit den Tieren sich eine philosophische Weltanschauung und die nötige Gemütsruhe erworben hat.

Das Telephon klingelt, Benson geht heran und spricht mit einer New Yorker Filmfabrik, die innerhalb von zwei Monaten hundert Kamele haben möchte, achtzehn zum Reiten und die übrigen als Lasttiere. Benson erklärt ruhig, daß er sie erst in vier Monaten liefern könne, und zwar kosten die Reitkamele 34 000 Mark das Stück, die anderen Kamele 2500 Mark. Das Geschäft ist abgeschlossen. Die hundert Kamele werden von den Hagenbeck-Farmen in Indien und Südafrika verschifft werden, paradieren ein paar Wochen bei den Aufnahmen eines Monsterfilms in Los Angeles und können dann sehr viel billiger an zoologische Gärten oder Zirkusse abgegeben werden. Nicht alle Orders in diesem merkwürdigen Geschäft sind so leicht auszuführen. Da bestellt zum Beispiel der Zoo in St. Louis oder der in Cincinnati jeder ein Rhinozeros in vorzüglichem Zustande. Der Auftrag wird nach dem Hamburger Hauptgeschäft weitergegeben, und von dort geht dann die Order nach Indien. So viele Tiere man auch in den Farmen der Firma hat, Rhinozerosse sind ein so seltener Artikel, daß sie erst gesucht werden müssen. Nach sieben Monaten kommt dann die Mitteilung, daß man zwei weibliche Rhinozerosse von vortrefflicher Beschaffenheit gefangen hat. Nun beginnt aber erst die Schwierigkeit der Verschiffung, denn diese Dickhäuter sind recht anfällige Tiere, und man muß sie mit größter Vorsicht behandeln. Wirklich holt sich denn auch das eine Erkältung, stirbt in New York an einer Lungenentzündung, und während es in lebendigem Zustande 40 000 Mark wert war, kann man nun die Haut nur mehr noch für 1200 Mark an ein naturgeschichtliches Museum verkaufen.

Nicht minder schwierig sind Aufträge zu erfüllen, bei denen es sich um dressierte Tiere handelt. Da verlangt ein Löwenbändiger einen besonders schönen Löwen, der darauf dressiert sein soll, am Schlusse der Vorführung würdevoll aus der Zahl der übrigen heraus zu schreiten und sich auf ein Lager neben dem Bändiger zu legen. Es muß ein ganz besonders schönes und zugleich sehr zahmes Tier ausgesucht werden; dieses wird dann daran gewöhnt, sich auf ein Lager zu legen, auf dem es immer eine Fleischmahlzeit findet. Man legt schließlich eine angezogene Puppe auf das Lager, neben der sich der Löwe niederläßt, und zuletzt tritt der Bändiger an die Stelle der Puppe.

Ein anderer Dresseur verlangt ein Pferd, das sich nach Menschenart ins Bett legt. Auch das mußte man einem geeigneten Tiere beibringen.

„Der merkwürdigste Auftrag, den wir je erhielten", sagte Benson, „war der nach einem Liter Schlangengift; er kam von einer südamerikanischen Universität, um Serum herzustellen, und wir mußten das Gift über ein halbes Jahr von indischen Giftschlangen sammeln lassen.

Der größte Auftrag war der eines Zirkusses; er belief sich auf 12 Elefanten, 35 dressierte Pferde, 9 Eisbären, 11 Löwen und 7 Tiger. Im Jahr verkaufe ich etwa 3000 Affen und 60 000 Vögel, 130 bis 160 dressierte Löwen, 30 Tiger, 35 ausgewachsene und etwa 15 kleine Elefanten und dazu eine Anzahl Leoparden, Zebras, Gnus, Büffel usw. Am höchsten werden gegenwärtig Giraffen bezahlt, weil sie am schwersten zu bekommen und zu befördern sind. Eine Giraffe kostet etwa 50 000 Mark, ein Rhinozeros 40 000, ein ausgewachsener sibirischer Tiger 8000 bis 12 000 Mark."

Aus Württemberg

Wahlen in der evangelischen Landeskirche.

Der Tag für die Neuwahlen zum Landeskirchentag und Kirchengemeinderat ist vom Kirchenpräsidenten der Evangelischen Landeskirche in Württemberg auf Sonntag, 8. März 1931, festgesetzt worden. Die Wahllisten für beide Wahlen sollen spätestens vom 15. bis 20. Februar zu jedermanns Einsicht aufliegen. Das Wahlergebnis wird am 15. März in den Gottesdiensten bekanntgegeben. Die besonderen Wahlvorschriften für den Landeskirchentag bestimmen die Anzahl der weltlichen und geistlichen Abgeordneten für die einzelnen Kirchenbezirke. Insgesamt sind zu wählen 40 weltliche und 20 geistliche Abgeordnete. Während im allgemeinen die 49 Kirchenbezirke je einen weltlichen oder einen geistlichen Abgeordneten zu wählen haben, entfallen auf die Bezirke Balingen, Cannstatt, Eßlingen, Heilbronn, Ludwigsburg und Ulm je ein Abgeordneter beider Arten. Stuttgart wählt als einziger Bezirk vier weltliche und zwei geistliche Abgeordnete. In Stuttgart wird nach den Grundsätzen der Verhältniswahl, in den übrigen Bezirken nach denen der Mehrheitswahl abgestimmt. Die Wahlvorschläge müssen bis spätestens 16. Februar 8 Uhr abends beim Vorsitzenden des Bezirkswahlausschusses (Dekanatamt) eingereicht sein. Die zugelassenen Wahlvorschläge sind bis spätestens 28. Februar öffentlich bekanntzugeben. Die besonderen Vorschriften für die Kirchengemeinderatswahlen bestimmen im allgemeinen die Neuwahl derselben Zahl von Kirchengemeinderatsmitgliedern, wie bei der Wahl vor sechs Jahren. Hier ist die Einreichung von Wahlvorschlägen nicht vorgeschrieben.

Bevölkerungsbewegung in Württemberg.

Laut Mitteilung des württ. Stat. Landesamts war die Bewegung der Bevölkerung in Württemberg im dritten Vierteljahr 1930 folgender: Die Zahl der Eheschließungen betrug 5601; sie hat gegenüber dem 3. Vierteljahr 1929 um 846 abgenommen. Die Zahl der Lebendgeborenen (11 259) hat sich gleichfalls verringert, und zwar im Vergleich zum 3. Quartal 1929 um 80, im Vergleich zum 2. Quartal 1930 um 1190. Die Zahl der Gestorbenen war 6885; das sind 64 Tote mehr als im Vergleichsquartal des Vorjahres. Die Säuglingssterblichkeit ist etwas gestiegen. Es sind 718 Kinder im ersten Lebensjahr gestorben gegenüber 712 im 3. Quartal 1929. Auf 100 Lebendgeborene kamen 6,4 Sterbefälle von Säuglingen. Der Geburtenüberschuß stellte sich auf 4377, das bedeutet gegenüber dem 3. Quartal 1929 (4517) ein Weniger von 144, gegenüber dem Vorquartal (4782) ein solches von 408. Die Geborenenüberschußziffer fiel von 6,9 im 3. Quartal 1929 auf 6,7 jetzt.

Fürsorge für Versicherte aus den abgetretenen Gebieten.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: In der nächsten Nummer des Amtsblatts des Württ. Innenministeriums kommt die Bekanntmachung des Reichsarbeitsministeriums vom 28. November 1930 über die Fürsorge für Versicherte aus den nach dem Vertrag von Versailles abgetretenen Gebieten zum Abdruck. Die Fürsorge, deren Durchführung ausschließlich den deutschen Trägern der Unfall-, Invaliden- und Angestelltenversicherung, sowie der knappschaftlichen Pensionsversicherung obliegt, wird unter ganz bestimmten Voraussetzungen gewährt, soweit ein Anspruch auf Leistungen aus der Unfallversicherung, Invalidenversicherung, Angestelltenversicherung oder knappschaftlichen Pensionsversicherung besteht. Sie ist ein Ausgleich für den Schaden, der den Versicherten bezüglich ihrer Ansprüche aus der Unfall-, Invaliden-, Angestellten- und knappschaftlichen Pensionsversicherung durch den Wechsel der Staatshoheit in den nach dem Vertrag von Versailles abgetretenen Gebieten entstanden ist. Die Oberämter (Versicherungsämter) und die Bürgermeisterämter (Ortsbehörden für die Arbeiter und Angestelltenversicherung) können in der Sache nähere Auskunft erteilen.

Senden Sie Ihren Angehörigen
im Ausland das Calwer Tagblatt

Lilien auf dem Felde

Roman von Fr. Lehne.

61. Fortsetzung (Nachdruck verboten.)

„Ach, Papa, verschone mich doch mit deinen Predigten; ich bin siebenundzwanzig Jahre gewesen und weiß genau, was ich will. Im entscheidenden Augenblicke finde ich stets das Rechte. Ich habe es dir schon verschiedentlich bewiesen! Jetzt entschuldige mich, Mama hatte vorhin telephoniert, daß sie mich bei ihren Vorbereitungen zur Reise braucht!"

*

Die Vermehrenschen Damen waren abgereist; sie beabsichtigten, sich erst noch einige Tage in Berlin aufzuhalten, da Peter von Westenfeld den dringenden Wunsch geäußert, mit ihnen zusammen zu sein, und das wenigstens konnte Astrid ihm nicht verweigern.

Während die Geheimrätin mit Ursula fast immer unterwegs war und im Einkaufen und Herumbummeln und im Genießen der Großstadt ihre ganze Nervosität verlor und unermüdlich und frisch wie ein junges Mädchen wurde, hielt sich Astrid meistens bei Adelheide auf, die im ruhigeren Potsdam wohnte. Die beiden hatten eine starke Sympathie für einander.

„Astrid, ich wundere mich, daß deine Mama sich so sehr auf diese Reise nach Ostende kapriziert hat! Will sie noch immer den Ernst der politischen Lage nicht einsehen?" fragte Adelheide.

Die beiden jungen Damen saßen beim Tee in der geräumigen, mit bequemen Korbmöbeln, vielen blühenden Blumen und großen, grünen Blattpflanzen ausgestatteten Loggia vor Adelheids Wohnzimmer.

„Mama ist wie ein großes, verwöhntes Kind, Heide! Dabei sehr eigensinnig. Papa gibt ihr um des lieben Friedens Willen nach. Sie läßt sich niemals überzeugen, und eure Befürchtungen verlacht sie in ihrer Unwissenheit."

„Sie sind aber nicht zu verlachen!" sagte Adelheide, und dann umfaßte sie die Schwägerin und Freundin: „Ich habe solche Angst, solche wahnsinnige Angst vor dem, was uns droht — fühlst du es denn nicht?" Sie schluchzte auf.

Liebreich streichelte Astrid die Weinende; sie hatte die immer ruhige, stets so maßvolle Adelheide noch nie so fassungslos gesehen; sie war erschreckt dadurch.

„Beruhige dich, Liebe! In deinem Zustand jetzt siehst du alles viel schwärzer! Bernhard und Peter sind doch guten Mutes!" tröstete sie.

„Sie verstellen sich. Ich hab' sie wohl beobachtet! Fühlst du denn die Spannung nicht, die überall in der Luft liegt, seit Oesterreich den Krieg an Serbien erklärt hat? Beobachte die Leute auf der Straße! Man wartet — wartet auf etwas Schreckliches, Unausbleibliches — auf den Krieg! Und der Krieg kommt! Bleibe bei mir, Astrid, gib deine Reise auf! Bleibe bei mir, wenn Bernhard fort muß!" Sie preßte ihr Gesicht an Astrids Schulter, und ihr Körper bebte so, daß Astrid die Weinende stützen mußte.

„Ja, meine Heide! Mit tausend Freuden!"

„O, ich danke Dir für dieses Opfer, Du Liebe!"

„Es ist gar kein Opfer — mir liegt wenig an dieser Reise."

Adelheide wurde ruhiger; doch ungläubig schüttelte sie den Kopf als Astrid weiter sprach: „Sicher bleibt der Konflikt zwischen Oesterreich und Serbien lokalisiert — es kann ja gar nicht anders sein! Diese ungeheuere Verantwortung, einen Weltbrand zu entfesseln, nimmt letzten Endes kein Staat auf sich — er wird im letzten Augenblick doch zurückschrecken."

Aber sie glaubte es selbst nicht mehr so recht, da sie sich der Worte erinnerte, die Alfred Rehfeld erst kürzlich gesagt. Bis dahin hatte sie gar nicht ernstlich darüber nachgedacht, was alle Gemüter erregte; aber die Luft in Berlin wirkte doch eigentümlich! Sie selbst war voller Unruhe und Erwartung; wie eine geheimnisvolle Strömung war es, die alle Menschen durchflutete, und nach einem Ziele riß.

„Hättest Du doch recht!" sagte Adelheide leise und schloß die Augen; mit Rührung blickte Astrid auf die junge Frau.

Bernhard und Peter kamen heute früher vom Dienst. Die Herren beabsichtigten, am Abend mit den Vermehrenschen Damen auf Wunsch der Geheimrätin noch irgendeine der zahlreichen Vergnügungsstätten zu besuchen. Beiläufig warf Peter da hin: „Du, Heide, es ist nicht ausgeschlossen, daß Papa morgen mit Sanna kommt, weil sie Astrid vor ihrer Abreise nochmals sehen wollen." Er vermied dabei den Blick der Schwester.

Adelheide richtete sich auf. „Papa kommt? Jetzt — zur Erntezeit? O, das hat einen tieferen Grund — ich weiß es! Uebrigens: Astrid reist nicht; sie bleibt bei mir."

„Astrid!"

Dankbar sah Bernhard auf das schöne Mädchen, das ihm zunickte.

„Ja, Bernhard! Sie bleibt bei mir, weil — Du — doch fortmußt!" Adelheides Stimme erstarb in einem heiseren Flüstern; betreten blickten sich die Herren an.

Bernhard war, entgegen seinem Versprechen, das er der Geheimrätin gegeben hatte, zu Hause geblieben, sodaß Peter allein mit Astrid nach Berlin ins Hotel zurückfuhr, wo sie von Frau Vermehren und Ursula bereits ungeduldig erwartet wurden.

Unterwegs sagte Astrid zu ihm: „Bitte, lieber Peter, red Du der Mama diese Reise aus, oder wende Dich unauffällig an Ursula, damit sie auf Mama einwirkt; die Kleine hat mehr Einfluß auf sie als ich."

„Ja, Astrid, auch ohne Deine Bitte hätte ich es getan! Sogar im Auftrag Deines Vaters, der morgen mit Papa oder übermorgen kommen wird, Euch zurückzuholen."

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Aus Stadt und Land

Calw, den 26. Januar 1931.

Württ. Versorgungsgericht

Der Oberamtsarzt für den Bezirk Calw, Medizinalrat Dr. Lang, ist für die Kalenderjahre 1931 bis 1934 zum Gerichtsarzt des Württ. Versorgungsgerichts gewählt worden.

Ein angesehener Bürger

der Gemeinde Unterreichenbach, Herr Gottlieb Merkle, feierte am Samstag seinen 50. Geburtstag. Als Bürger und Förderer der Leibesübungen, des Gesangs und der Musik hat er sich in der Gemeinde hoch verdient gemacht. Als begeisterter Anhänger der Lehren Jahns wurde der junge Merkle Führer des Turnvereins, nachdem er zuvor in Grunbach ebenfalls für die Turnsache tätig war. Nicht engherzig, sondern weit ausschauend trat er auch für Sport und Wanderwesen ein. Er erkannte frühzeitig die Bedeutung seiner zweiten Heimat Unterreichenbach als Luftkurort, schuf deshalb den Schwarzwaldverein und stand ihm jahrelang vor. Dabei hatte er viel übrig für Gesang und Musik und die Vereine können davon erzählen, mit welch großer Freude sich Herr Merkle der ihm gestellten Aufgaben entledigte. Dabei hatte der schaffensfrohe Mann noch Zeit für die weite Oeffentlichkeit. Die segensreichen Einrichtungen der Darlehenskasse und des Siedlungsvereins sind mit sein Werk. Auch im Oberamt wurde man auf den um seine Gemeinde besorgten Bürger aufmerksam. Man stellte ihn mehrfach als Schöffen auf und bei Schwurgerichtssitzungen sogar als Obmann. In geschäftlicher Beziehung genießt Herr Merkle als Inhaber der Firma Georg Schoelch Nachfg., Etuis- und Kofferfabrik in Pforzheim, hohes Ansehen. Die seinerzeit übernommene Fabrik führte Herr Merkle durch alle Fährnisse, Krieg und Inflation, glänzend hindurch und verschaffte sich einen großen Kundenkreis sowohl innerhalb Deutschlands wie auch in Uebersee. Herrn Merkle sind zu seinem Geburtstage viele Glückwünsche zugegangen. Wir schließen uns an und hoffen, daß der schaffensfrohe Mann noch lange für seine Heimat, seine Mitbürger und die Industrie erfolgreich tätig sein kann.

Verspätete Weihnachtsfeier.

„Was lange währt, wird endlich gut". Das kann man auch von der Weihnachtsfeier sagen, die der FC. Altburg am vorletzten Sonntag im „Saalbau" als Abschluß der Spielsaison veranstaltete. Eingeleitet wurde die Feier durch eine Ansprache des Vorstands, in der er namentlich die Ziele des Sports hervorhob: Freundschaft, Kameradschaft, Treue. Erwähnt wurden auch die vorteilhaften Auswirkungen des Spielbetriebs für die Gemeinde Altburg. Seine Rede schloß mit einem Hoch auf Altburg, in das die Anwesenden begeistert einstimmten. Dann folgten in bunter Reihe Musikstücke, Gesänge, Vorträge und Aufführungen, von denen das letzte Stück: „Das Gift der Lüge" besonders hervorgehoben zu werden verdient. Den Darstellern gelang es, durch verständnisvolle Einfühlung in den Charakter der Rollen und überaus ausdrucksvolle Spielweise, die Zuhörer in den Bann des Stückes zu ziehen. Reicher und herzlicher Beifall belohnte sie für ihre Mühe. Dem Liederkranz Altburg, der durch Ueberlassung der Kulissen und durch Liedervorträge zum schönen Gelingen beitrug, gebührt Dank. Anschließend an die Feier wurde zu den flotten Weisen der Musikkapelle Altburg noch eifrig dem Tanz gehuldigt. Möge der Geist der Kameradschaft innerhalb des Vereins und der Verbundenheit mit der übrigen Gemeinde, wie er bei der Weihnachtsfeier so schön zum Ausdruck kam, im FC. Altburg weiter gepflegt werden, dann werden Erfolge und Anerkennung nicht ausbleiben. K.

Tuberkulose-Vortrag.

Nachdem auf Veranlassung des Vorstandes der Gewerbeschule Calmbach Medizinalrat Dr. Lang-Calw in anerkennenswerter Weise schon im letzten Frühjahr im Zeichensaale der Volksschule einen Lichtbildervortrag über Infektionskrankheiten gehalten hatte, sprach er letzte Woche über die Tuberkulose". Einleitend sprach der Redner über Krankheitserreger, Uebertragung und Verhütungsmaßnahmen. Dann verbreitete er sich an der Hand eines Filmes in leichtverständlicher Weise eingehend über sein eigentliches Thema. Er führte seinen Zuhörern die Entwicklung dieser Volksseuche vor Augen, die mit allen zu Gebote stehenden Mitteln der Wissenschaft und der Kultur einzuschränken sei. Nachdem Medizinalrat Dr. Lang schon während seines Vortrags die von Chefarzt Dr. Dorn, Charlottenhöhe, ausgeführte neue Methode zur Feststellung der Tuberkulose bei Kindern kurz gestreift hatte, wurde er am Schluß aus dem Kreis der Zuhörer gebeten, sich weiter über dieselbe zu äußern. Er ging bereitwilligst darauf ein und beruhigte die Eltern, indem er ihnen klarlegte, daß die Einreibung der Kinder keinerlei Einfluß auf deren Wohlbefinden habe und ein positives Ergebnis noch kein direkter Beweis dafür sei, daß das Kind wirklich tuberkulös ist. Diejenigen Kinder, bei denen ein positives Ergebnis vorliege, würden auf der Charlottenhöhe unentgeltlich durchleutet. Vernünftige Eltern dürften deshalb nur dankbar sein; können sie doch bei einem etwaigen Röntgenbefund sofort die nötigen Schritte zur Bekämpfung der Krankheit einleiten. Zum Schluß dankte der Schulvorstand dem Vortragenden für seinen aufklärenden Vortrag und verknüpfte damit den Wunsch, der Oberamtsarzt möchte sich noch öfters mit einem Vortrag zur Verfügung stellen. Erfreulicherweise hat Medizinalrat Dr. Lang auch für den Herbst wieder einen interessanten Filmvortrag in Aussicht gestellt. Er wird sicher viele und dankbare Zuhörer finden.

Erste Arbeiten im Obstgarten.

Wenn die Witterung günstig ist, kann jetzt mit dem Baumschnitt begonnen werden. Zuerst kommen die Stachel- und Johannisbeeren daran. An den Obstbäumen darf mit dem eigentlichen Schnitt erst begonnen werden, wenn aller Frost aus den Zweigen heraus ist. Auch beim Auslichten der Bäume, also beim Entfernen unnötiger Aeste, sollte man besser frostfreies Wetter abwarten. Das Herausnehmen zu dicht stehender Bäume und abgängiger Baumruinen kann dagegen zu jeder Zeit geschehen.

Bei Neupflanzungen sollte der größte Wert auf tadellose Bäume mit den wertvollsten Sorten gelegt werden. Im Ankauf von Bäumen wird noch unverantwortlich viel gefehlt. Die Bäume werden vielfach nach der Billigkeit gekauft. Dabei wird nicht bedacht, daß aus einem Krüppel in der Baumschule nie ein wüchsiger Baum werden kann. Man sieht gegenwärtig im Herbst gepflanzte Bäume, die zwar sehr billig waren, aber jeder Beschreibung spotten. Die Obstzüchter werden an solchen alten Baumschulstorren wenig Freude erleben. Die falsche Sparsamkeit wird sich bitter rächen.

*

wp. **Feuerbach**, 25. Jan. Gestern Nacht kam es im Anschluß an eine von der NSDAP. im Stahlschen Saal abgehaltene Versammlung, auf der Landtagsabg. Prof. Mergenthaler sprach, zu stürmischen Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Sofort nach Beginn der Aussprache entstand ein Tumult. Die Anhänger der beiden Parteien bewaffneten sich mit Stühlen und Tischbeinen und schlugen damit aufeinander ein, so daß eine Anzahl von Personen nicht unerheblich verletzt wurden. Das von Stuttgart herbeigerufene Ueberfallkommando war rasch zur Stelle und räumte den Saal. Die Unruhen setzten sich auf der Straße fort. Beim geschlossenen Abzug der Nationalsozialisten kam es zu einem Zusammenstoß, bei dem ein Arbeiter mit einem stumpfen Gegenstand am Kopf verletzt wurde.

SCB. **Stuttgart**, 25. Jan. Das Stat. Amt der Stadt Stuttgart gibt einen Ueberblick über die Entwicklung der Lebensmittelpreise im Kleinhandel in Stuttgart vom 7. bis 21. Januar d. J. Darnach ist ein gewisser Stillstand im Rückgang der Preise eingetreten.

SCB. **Stuttgart**, 25. Jan. Nach fast 13stündigen Verhandlungen vor dem Schlichter für Südwestdeutschland ist gestern gegen Mitternacht in dem Tarifstreik für das württ. Holzgewerbe, in dem es bereits zu größeren Arbeitsniederlegungen gekommen war eine Vereinbarung zustande gekommen. Darnach soll die Arbeit am kommenden Dienstag zu Löhnen, die um 5—6 Prozent ermäßigt werden, wieder aufgenommen werden. Die Erklärungsfrist läuft bis Sonntag, doch ist die Vereinbarung von den beiderseitigen Vertretern bereits unterzeichnet worden.

SCB. **Stuttgart**, 25. Jan. Nunmehr sind alle Städte im Württembergischen Städtetag und alle Gemeinden im Gemeindetag zusammengefaßt. Die in der Mitgliederversammlung vom 28. November 1930 neu aufgestellten Satzungen des Württembergischen Städtetages wurden den Gemeinderäten zur Kenntnis gebracht.

SCB. **Stuttgart**, 25. Jan. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Das Staatsministerium hat dem Präsidium des Landtages seine Stellungnahme zum Gutachten des Reichssparkommissars zugehen lassen.

SCB. **Eßlingen**, 25. Jan. In der gestrigen Gemeinderatssitzung erstattete Oberbürgermeister Dr. Lang von Langen den Jahresbericht. Der Stadtvorstand konnte dabei die erfreuliche Mitteilung machen, daß die Schuldenlast der Stadt im letzten Jahr um eine halbe Million, und zwar von 14 auf 13,5 Millionen gesenkt wurde.

wp. **Gaildorf**, 25. Jan. Dem Vernehmen nach sollen die Vorschläge der Regierung zur Reform der württ. Staatsverwaltung die Aufhebung von 9 Amtsgerichten, darunter auch des Amtsgerichts Gaildorf, vorsehen. In einer gemeinsamen Besprechung haben Vertreter von Stadt und Bezirk Gaildorf hiegegen in einer Entschließung Einspruch erhoben.

SCB. **Schwenningen**, 25. Jan. Der heutige Sonntag, zu dem die Nationalsozialisten, Kommunisten und Sozialdemokraten zu großen Demonstrationen aufgerufen hatten, ist, ohne jegliche Zwischenfälle verlaufen.

SCB. **Balingen**, 25. Jan. Die für gestern geplante Kundgebung der Nationalsozialisten hier ist nur dank dem Umstand ohne größere Zwischenfälle verlaufen, daß die Nationalsozialisten in letzter Minute ihren angekündigten Fackelzug mit Musik absagten und daß zum Schutz gegen die zahlreichen Protestkundgebungen gegen die Nationalsozialisten u. a. ein Schutzpolizeiaufgebot aus Reutlingen zur Verfügung stand. Bei den Protestkundgebungen, die mehrfach in tätliche Ausschreitungen ausarteten, sollen sich besonders Ebinger Kommunisten hervorgetan haben. Die drohende Haltung der Gegendemonstranten nahm teilweise beängstigenden Charakter an und die Polizei, die ständig in höchster Bereitschaft war, mußte immer wieder eingreifen. U. a. wurden Nationalsozialisten von der Menge mit Steinen beworfen.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Berliner Briefkurse.

100 holl. Gulden	169,43
100 franz. Franken	16,51
100 schweiz. Franken	81,48

Börse

SCB. **Stuttgart**, 25. Jan. Die Börse lag am Wochenende trotz geringen Geschäfts ziemlich fest. Besonders bemerkenswert war der stark steigende Kurs für Deutsche Linoleumwerke.

LC. **Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt vom 24. Jan.**

Tafeläpfel 25—40; Walnüsse 35—45; Kartoffeln 3—4; Endiviensalat 5—15; Wirsing (Köhlkraut) 6—8; Filderkraut 3—4; Weißkraut rund 4—5; Rotkraut 5—6; Blumenkohl 20 bis 50; Rosenkohl 10—20; dto. ein Pfund 20—25; Grünkohl 10; rote Rüben 6—8; gelbe Rüben 6—7; Karotten runde 10 bis 20; Zwiebel 5—7; Rettiche 5—8; Monatsrettiche 18—20; Sellerie 10—25; Schwarzwurzeln 30—35; Spinat 30—35.

Schweinepreise.

Creglingen: Milchschweine 18—26 Mark. — Dischingen: Milchschweine 16—27 Mark. — Gaildorf: Milchschweine 16 bis 21 Mark. — Munderkingen: Mutterschweine 115—175, Ferkel 15—22 Mark. — Sulzbach u. Murr: Milchschweine 17—23 Mark. — Schömberg: Milchschweine 12—20 Mark. — Spaichingen: Milchschweine 13—15 Mark. — Wurzach: Ferkel 15—23 Mark.

Balingen: Milchschweine 12—20 M. — Blaufelden: Milchschweine 17—24 M. — Bopfingen: Milchschweine 16 bis 25, Läufer 37—50 M. — Crailsheim: Läufer 31—57, Milchschweine 19—28 M. — Giengen a. Br.: Saugschweine 17—24, Läufer 35—57 M. — Güglingen: Milchschweine 15 bis 20, Läufer 32—45 M. — Heilbronn: Milchschweine 14 bis 22, Läufer 35—40 M. — Ilshofen: Milchschweine 20 bis 25 M. — Künzelsau: Milchschweine 18—27, Läufer 34 M. — Rottweil: Milchschweine 14—22 M. — Trossingen: Milchschweine 17—18 M. — Ulm: Milchschweine 13—26 M.

Fruchtpreise

Giengen: Gerste 9,50, Haber 7, Weizen 13—13,30 M. — Tübingen: Weizen 13—14, Gerste 10,50—11, Haber 7,50—8 M. — Winnenden: Weizen 13,20—13,80, Haber 7,20—7,70, Dinkel 9,50, Roggen 10, Gerste 10,80—11 M.

Realprogymnasium u. Realschule Calw

Am Montag, den 2. Februar 1931, abends 8 Uhr findet im Badischen Hof ein

Eltern-Abend

statt. Wir bitten die verehrlichen Angehörigen der Schüler und die Freunde der Schule um zahlreichen Besuch.

Der Vorsitzende des Elternrates: Sannwald

Evangelisation und Bibelkurs

Vom 26. Januar bis 1. Februar je vormittags 10 Uhr, nachmittags 2 Uhr und abends 8 Uhr

in Breitenberg bei Teinach

Vom Bahnhof Teinach Verkehrsauto. Die Evangelisation und der Bibelkurs findet statt

bei Jakob Braun in Breitenberg

und wird gehalten von Fritz Berger, Evangelist.

Jedermann ist zur Teilnahme herzlich eingeladen.

Deckenpfronn

Zum Besuch des am Donnerstag, den 29. Januar ds. Js. stattfindenden

Vieh- und Schweinemarktes

wird eingeladen. Die allgemein geltenden seuchenpolizeilichen Vorschriften sind einzuhalten.

Deckenpfronn, den 23. Januar 1931.

Bürgermeisteramt: Braun.

Wegen Platzräumung verkaufe ich

1 Zimmerhütte 980×650 cm zu einer Heuscheuer oder Werkstatt geeignet, 1 Hühnerstall 2½×3½ m doppelwandig, einige Birnbäume.

Emil Kirchherr, Zimmermeister.

Naturhaar-Zöpfe

von Mk. 4.— an in allen Farben.

Friseur Odermatt.

Brennessel- und Birkenhaarwasser

für Haare und Haarboden Flasche Mk. 1.50 bei

K. Otto Vinçon, Calw.

Althengstett

Eine schwere, 30 Wochen trächtige

Kalbin

setzt dem Verkauf aus.

Paul Breitling.

40% Rabatt

gebe ich, solange der Vorrat reicht, auf einen Restposten

Flanellhemden

bester Sportflanell mit 1 bezw. 2 Kragen und

Zefirhemden

Reichert an der Brück'

Eine

3-Zimmer-Wohnung

hat zu vermieten.

Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Calw, den 25. Januar 1931

Die glückliche Geburt eines kräftigen

Rolf **Sonntagsjungen**

zeigen hocherfreut an

Dr. Adolf Scheffbuch und Frau Maria, geb. Busch

z. Zt. Bezirkskrankenhaus

Welch tatkräftige Frau würde die

Pflege einer Kranken

von mittags 1 Uhr bis abends 6 Uhr übernehmen?

Vorzustellen bei Frau Hauptlehrer Essich, Altburgerstraße 73.

Vogelfutter

zum Ausstreuen, 30 Pfennig das Pfund

Otto Jung

Städt. Hausfrauenverein

Die Erholungsfürsorge der Berufsorganisation der Hausfrauen

sucht billige Zimmer

mit Frühstück von Mai bis September.

Angeb. an Frau Eberhard Hengstettergäßle.